

Luise Klemens, Vorsitzende der Fraktion ver.di, ACA, IG Metall

„Ich möchte heute auf zwei Themen eingehen, die auch auf der Tagesordnung stehen. Zum einen die Resolution, die sich ja inhaltlich ergibt aus der geplanten Erhöhung des Zusatzbeitragssatzes aufgrund der Einschätzungen des Schätzerkreises. Zum anderen auf die Vorlage, die uns allen für die vdek-Mitgliederversammlung zur zukunftsfähigen Ausgestaltung der Sozialen Pflegeversicherung vorliegt.

Zur Resolution, ausgelöst durch den Schätzerkreis, dessen Einschätzungen uns sicherlich alle nicht überrascht haben: Trotzdem stellt sich hier die Frage nach den Folgen. Auf diese Frage möchte ich im späteren Verlauf nochmals eingehen.

Zur Positionierung zur zukunftsfähigen Ausgestaltung der Sozialen Pflegeversicherung möchte ich für unsere Fraktion feststellen, dass wir diese ausgesprochen gut finden, weil sie in ihrer Struktur, aber auch von den Themen her, die aufgegriffen werden, sehr zukunftsorientiert ist und auch Lösungen bietet. Man ist ja schnell mit Kritik dabei, aber auch zu sagen, was die Lösungsvorschläge bzw. Alternativen sind, mit denen wir uns vorstellen können, wie man der Misere in der Pflege begegnen kann, ist sehr wichtig. Natürlich finde ich es persönlich auch sehr gut, dass bspw. auch auf die Arbeitsbedingungen in der Pflege geschaut wird. Das ist eines der großen Probleme. Wer soll denn die Bedürftigen pflegen, wenn in diesen Berufen zu wenig Menschen gefunden werden, die diese Pflege auch übernehmen wollen. Von daher würde ich mir auch nochmals eine klarere Formulierung wünschen, die in die Richtung von Tariftreue geht. Wir haben es mit vielen Playern zu tun, für die kein Tarifvertrag gilt. Daher ist ein kompliziertes Verfahren entwickelt worden, um zum Mindestlohn zu kommen. Aber man darf auch nicht so tun, als wäre dies ein bürokratisches Monster. Von daher muss man nach Lösungen für gute Einkommen suchen. Die Einkommen, aber eben auch die Arbeitsbedingungen. Die Beispiele, die es zur Einführung eines Betrieblichen Gesundheitsmanagement gibt, sind ja nicht irgendwas bürokratisches, sondern führt in der Folge auch in der Regel zu positiven Effekten. Wenn Krankentage zurückgehen, ist dies nicht nur ein wirtschaftlicher Faktor, sondern für alle anderen Beschäftigten auch eine Entlastung. Deswegen bin ich der Meinung, dass man auf die Arbeitsbedingungen auf jeden Fall schauen muss. Ein weiteres Beispiel, das ich anführen möchte, sind Berufsabschlüsse aus anderen Ländern. Ich werde es nie verstehen, warum es so lange dauert, bis diese anerkannt werden. In Bayern hat man sich mit dem Thema beschäftigt und dort sind sieben neue Stellen in diesem Bereich geschaffen worden. Das ist einfach viel zu wenig. Dass das Thema nicht einfach ist, ist dabei klar. Das hat u. a. was mit Sprachkompetenz zu tun. Aber das Verfahren muss dringend beschleunigt werden. Bei uns

leben so viele Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen zu uns gekommen sind, echte Kompetenzen mitbringen und hier nun nicht arbeiten können. Auf der anderen Seite reist die Politik in andere Länder wie bspw. Usbekistan , um Menschen anzuwerben.

Das zentrale Thema bei der Pflege ist, wie die Finanzierung zukunftssicher gewährleistet werden kann. Da muss man klar kritisieren, – und das ist in der Vorlage ja auch treffend beschrieben – dass der Pflegevorsorgefonds nicht so befüllt wird, wie es ursprünglich geplant war. Das ist dann auch ein Stück aus dem Tollhaus. Und, wenn ich mir den Schlenker gestatten darf, ich dann man kurz auf die geplante Aktienrente ansprechen darf und was dort an Geld hineinfließen soll, dann weiß man eben auch nicht, ob in zehn Jahren dieses dann überhaupt noch fließen wird, wenn an anderer Stelle quasi mit einem Federstrich Finanzierungszusagen nicht eingehalten werden. Und es ist auch richtig, dass in dieser Vorlage über die Solidarität zwischen gesetzlich und privat Versicherten gesprochen wird. Gerade in der Pflege wird deutlich, dass man schauen muss, wie das System von Allen getragen werden kann. Und es ist auch gut, dass das Thema deutlich wird, dass man als Pflegeheimbewohner bei den Kosten, die es privat zu tragen gilt, u. a. auch Investitionskosten und Kosten für Ausbildung enthalten sind. Das leuchtet einfach nicht ein. Wenn ich irgendwo einkaufen gehe, zahle ich auch nicht für die Ausbildung derer, die dort arbeiten. Aber im Umkehrschluss ist es für die Allgemeinheit eine große Belastung, wenn man die Kosten Pflegeheimbewohner oder Pflegeheimbewohnerin nicht tragen kann, und dann soziale Leistungen dann richtigerweise gezahlt werden. Insofern muss man auch hier nochmals draufschaun, dass Finanzflüsse miteinander verquickt werden, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben.

Insgesamt finde ich beide Vorlagen, die zur Pflege und auch die für unsere eigene Resolution, sehr konstruktiv. Weil ich mich in der letzten Sitzung des HA-VR einmal recht emotional geäußert habe, wie wir eigentlich alle sprechen, wie gehen wir mit den ganzen Krisen und der Hysterie um. Von daher habe ich mir gedacht, ich lasse Sie teilhaben an einem Artikel aus der Süddeutschen Zeitung, den ich einmal auszugsweise vorlese und sehr passend finde. Der Artikel ist überschrieben mit dem Titel „Die politische Hysterie hat die Mitte erfasst“ Und in dem Artikel heißt es: „Die politische Hysterie ist inzwischen weit in der gesellschaftlichen Mitte zu finden. Sie tobt im Netz, auf Demonstrationen, in Reden und selbst in seriösen Medien prägt sie den schrillen Ton in der Politik.“ Und weiter, „In diese Stimmung ist allein der Begriff ‘Ampel’ für viele der „Gott sei bei uns“, als sei sie nicht einfach nur eine Regierung, die man einfach auch wieder abwählen kann.“ Und wahrscheinlich auch wird, wenn sie jetzt nicht noch mal die Kurve kriegt und Ergebnisse liefert. Weiter wird in diesem Artikel ausgeführt, „Der Ministerpräsident von Nordrhein-

Westfalen hält es für brandgefährlich, ständig nur schwarz zu malen. Die Behauptung, dass mit diesem Staat kein Staat zu machen ist, davon nähren sich die Extremisten, und die letzten Landtagswahlen zeigen, dass es Zusammenhänge zwischen Wahlergebnissen, Politik und natürlich auch Kommunikation gibt. Also, die Probleme müssen benannt werden, keine Frage, aber das Dauergeplärre über Staatsversagen wirkt, als stünde das Land vor dem Untergang.“ Dieser Artikel hat meine Gemütslage getroffen, weil ganz viele Menschen schauen auf ihr Leben. Die haben nicht die ganze Politik und das ganze Spektrum im Blick. Und vieles, was in unterschiedlichen Bereichen als krisenhaft beschrieben wird, berührt viele Menschen überhaupt nicht. Die denken sicherlich auch darüber nach, dass der Zusatzbeitrag kommt: Aber vieles, was dahintersteckt, wer weiß davon schon. Das bedeutet, dass ich es gut finde, dass wir uns mit den Resolutionen klar positionieren und dass wir Lösungsvorschläge machen. Und nicht nur einfach „Oh mein Gott“ sagen. Wir sagen vielmehr: „So ist es nicht gut, aber so kann es besser gemacht werden, und dafür setzen wir uns ein.“ Und das Gesagte gilt für die Resolution der DAK-Gesundheit und auch für das Papier des vdek. Das bedeutet auch, dass wir uns als Selbstverwaltung gut präsentieren können. Wir sind es, die sich nicht auf die Bäume jagen lassen, sondern sich zu Recht empören, wenn uns Dinge überhaupt nicht passen in unserer Rolle. Aber eben auch, dass wir uns selbstbewusst, kritisch, aber auch konstruktiv äußern. Von daher wünsche ich mir auch, dass wir zur Resolution, über die wir im Verlauf der Sitzung befinden, Wege suchen, wie sie in die Öffentlichkeit gelangen kann. Also hin auch zu den Versicherten mit dem Motto, nicht nur die Probleme zu benennen, sondern auch zu sagen, wie es gehen kann. Das ist doch das, was hilft. Deswegen müssen wir auch im Blick behalten, dass viele Probleme, vor denen wir heute stehen, keine kurzfristigen Entscheidungen sind. Man hat ja teilweise schon vergessen, wie viele und welche Gesundheitsminister in den letzten Jahren am Werk waren und Entscheidungen getroffen haben, die uns heute noch auf die Füße fallen. Die Grundentscheidung, das Gesundheitswesen so zu privatisieren und der Gewinnorientierung zu unterwerfen, ist einfach ein Fehler. Und nun, aufgeschoben aus vielen Jahren von Entscheidungen, stehen wir vor einem Problem, was sich fiskalisch für viele Versicherte auswirkt. Und wenn man sagen könnte, damit wäre alles besser geworden, dann sage ich nur: Wenn man heute als gesetzlich versicherte Person bei manchen Praxen nicht bereit ist, einen Teil selbst zu bezahlen, dann bekommt man kaum noch einen Termin. Deswegen, glaube ich, kommt es bei der Kommunikation einfach darauf an, Lösungen zu finden, aber eben auch, sich nicht wegzuducken. Das tun wir auch nicht. Denn gegenüber der Politik zu sagen, dass sie nun gefordert ist, einen Zahn zuzulegen, damit Verbesserungen wirksam werden, ist unsere Aufgabe.

Ansonsten werden wir uns sicherlich auch weiter damit beschäftigen, was aus der Situation der Erhöhung des Zusatzbeitragssatzes die Folgen sein werden. Hierbei handelt es sich ja de facto um die Kannibalisierung zwischen den Krankenkassen. Die Frage dabei wird ja sein, wenn wir nicht mit so vielen Krankenkassen aus dem nächsten Jahr herausgehen, wie wir starten, dann stellt sich die Frage, was das alles bedeutet. Was bedeutet das für die Versicherten, für die Beschäftigten, aber auch für das ganze System. Ich denke, da kommt auch auf uns als Verwaltungsrätinnen und Verwaltungsräte noch eine ganze Menge Analysen und Entscheidungen zu.“